

# Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt  
mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad  
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Verkaufspreis monatlich 30 Bg. Durch die Post  
im Nachbarortsteil 2,15 M. in Württemberg  
2,20 M. vierteljährlich. Dazu Bestellgeld 30 Bg.

Abnehmer 12 Bg., non succedens 15 Bg. die War-  
monatszeit oder deren Raum  
Reklame 25 Bg. die Zeile  
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition  
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Bg.  
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Bg.



22

Samstag den 25. Januar 1919

36 Jahrgang.

## Schützt die Ostmarken!

Die Deutschen haben schon einmal in ihrer Geschichte die Schmach erlebt, daß sie sich gegen jahrelang systematisch betriebenen Raub am heiligen Heimatboden nicht anders als mit papiernen Verwahrungen schwächlich zu widersetzen wußten. Es war das in den Jahren um 1680, als uns der französische Sonnenkönig Ludwig XIV. Städte und Länder Elb-Lothringens mit List und Gewalt entwendete, mit dem einzigen Rechtstitel seiner eigenen Macht und unserer Schwäche. Dennoch spottet noch jetzt die feindliche Welt unseres gerechten Anspruchs auf jene Gebiete.

Soll solche Schmach heute zum zweitenmal über uns kommen? Sollen wir den drohenden Raub der Ostmarken, die Pläne Polens auf Schlesien und Danzig nur mit entkräfteten Neben und Protesten bekämpfen, anstatt sie zu verhindern? Fort endlich mit der verderblichen Gleichgültigkeit und Indolenz, fort mit dem törichten Kinder glauben an die Gerechtigkeit des kommenden Friedenskongresses! Es geht da im Osten um die Lebensfähigkeit des künftigen Reiches und aller seiner Teile. Es geht um Brot und Atemraum des Schwaben so gut wie des Preußen, des Arbeiters, so gut wie des Junkers. Und es geht gegen die Freiheit eines Feindes, den eine mächtige Schar Entschlossener so euls Haupt schlagen könnte, daß ihm seine dreiste Völlerei nach deutschem Boden auf immer verginge. Wo aber bleiben diese Entschlossenen? Dem Feinde trömen seine Scharen opferwillig zu, aber wir denken, wie es scheint, nur an unseren engsten Vorteil, wo es wahrlich not tate, weiter zu denken, und die Zukunft uns frei zu halten von ihren Fesseln. Euch, entlassene Soldaten und Offiziere, sofern ihr noch heil und gesund seid, gelten diese Worte! So gerne Euch ein jeder Ruhe und friedliche Arbeit gönnen möchte — es ist dazu noch nicht Zeit, denn die schwere Pflicht des Kampfes ist noch nicht zu Ende getan.

Es genügt auch nicht allein, daß Ihr Euch politisch hinter die neue Regierung stellt. Die Regierung ruft Euch auf zum Schutz der östlichen Heimatgrenze mit der Waffe! Wohl, sie stellt es Euch frei, ihrem Rufe zu folgen oder nicht; aber wer Deutschland liebt, wer Verantwortung fühlt und die Mahnung der für uns gefallenen Kameraden vernimmt, dem steht die Wahl nicht frei: er ist gebunden durch seine Pflicht und kann nicht

länger schwanken, was er zu tun hat. Keiner jage, daß es andere gäbe, die mehr Ursache hätten, sich zu melden, als er. Nein, wer sich am schwersten von seiner Arbeit trennt, der gehe zuerst und beschäme die Säunigen, die sich mit billigen Gründen selbst von ihrer Pflicht freisprechen möchten. Die besten müssen ein Beispiel geben. Nicht nur Arbeitslose und Abenteuerer will das Vaterland — nein, die Tüchtigsten gerade braucht es am meisten! Darum säumt nicht länger, sondern reißt Euch los! Mancher ist schon vorangegangen, und Ihr werdet nicht allein sein!

Meldungen Freiwilliger nehmen die Bezirks- und Generalkommandos entgegen. Alles Nähere ist dort zu erfahren.

## An die Landbevölkerung!

Stunden der größten Not sind in unserem Vaterlande angebrochen. Die Aufrechterhaltung unserer inneren Wirtschaft ist auf das schwerste gefährdet. Mangel an Kohlen und Rohstoffen legen die Industrie in großem Umfange lahm. Ungezählte zurückkehrende Krieger sind arbeits- und erwerbslos. Es wird unmöglich sein, diesen allen und den vielen anderen erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Handwerk Unterkunft, Nahrung und Arbeit zu geben. Hier muß und kann das Land helfen. Landwirte, Ihr habt in aufopferndster Weise und unter Einsetzung Eurer ganzen Kraft bisher geholfen! Helft auch jetzt, die zurückkehrenden Krieger und alle anderen, die keine Arbeit finden, auf dem Lande zu beschäftigen. Gebt ihnen Arbeit, Nahrung und Wohnung, auch dann, wenn Ihr Euch selbst im Raum beschränken müßt. Baut Wege, verbessert Eure Felder und Pflanz, macht Waldbarbeiten, kurz, schafft Arbeit!

Ohne Opfer wird und kann es dabei nicht abgehen. Ueber allem aber muß jetzt die Forderung der Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Kraft und der inneren Ruhe und Sicherheit stehen. Steigert die Erzeugung, soweit es irgend möglich ist, nehmt an Menschen auf, soviel als Ihr nur irgend unterbringen könnt und arbeitet so mit am Wohle unseres Vaterlands. Was vom Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung geschehen kann, um der Landwirtschaft zu helfen, wird geschehen.

## Arbeiter!

Industrie und Handwerk, die Euch bisher beschäftigt haben, liegen danieder. Die Kohlen- und Transportnot zwingt sie zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit. Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist überall vieles nachzuholen. Nichts ist jetzt wichtiger als die Sicherung unserer Ernährung, Landesverbesserungen, Wegebauten und viele andere Arbeiten ähnlicher Art harren der Ausführung. Bei der Bestellung und Ernte des kommenden Wirtschaftsjahres können viele Arbeiter lohnende Beschäftigung finden. Es gilt, den Boden bis zum letzten Fleckchen zu bebauen.

## Das Land ruft Euch und braucht Euch!

In jedem größeren Verwaltungsbezirk sind landwirtschaftliche Arbeitsnachweise vorhanden. Wendet Euch an sie, Ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten Eurem Vaterland.

## Reichsamt

für die wirtschaftliche Demobilisierung.

## Die Stuttgarter Blätter zu den Wahlen in Württemberg.

Stuttgart, 23. Jan. Die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung, die lautlich eine geringere Beteiligung — ganz besonders in Stuttgart — aufzuweisen hatten, als die zur Landesversammlung vom 12. Januar findet in der Stuttgarter Presse je nach Parteistellung eine verschiedene Beurteilung.

Nach der „Schwäb. Tagwacht“ (Soz.) ist das Ergebnis in Württemberg für die Sozialdemokratie noch um einige Grad günstiger als das der Landeswahlen vom 12. Januar. Die Reichswahl weise im Vergleich mit der Landeswahl einen starken Rück nach links auf, aber nur bis zur sozialdemokratischen Mehrheitspartei. Vor den Unabhängigen und Sozialisten habe der Zug nach links Halt gemacht. ... Noch einige Wochen der Bestimmung, und der ganze Spuk der Sparteilisten sei verfliegen.

Der „Probakler“ (Dem.) macht darauf aufmerksam, daß Württemberg in der Nationalversammlung nur durch vier Parteien vertreten ist. Die bürgerliche Demokratie vermag mit ihren Stimmen überstürzte Absichten der Sozialdemokratie zu hindern, mit ihr zusammen aber jeden ernsthaften demokratischen Fortschritt zu fördern. Das Blatt äußert daran den Wunsch, daß es so durchs ganze Reich gehen möge.

Das „Neue Tagblatt“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß es bürgerliche Wähler, nicht sozialdemokratische waren, die in so großer Zahl der Wahlurne fernblieben.

## Ein Deutscher

Von Otto Kuppius.

„Ach wußte ja wohl, daß Sie ein tüchtiges Herz haben,“ sagte Meißner, „wenn es sich nur nicht Ihrem eigenen Vorteile in den Weg stellen wollte. Aber es mag sein — lassen lassen, was sich nicht hlgten läßt!“ setzte er hinzu, als wollte er damit die ihn überkommene Stimmung von sich werfen. „Damit Sie indessen nicht unter falschen Erwartungen eintreten, Professor, so sage ich Ihnen, daß Sie kaum Hoffnung haben, später einmal zu einem Plaze in unserem Büro zu avancieren. Es sind neben einem alten Buchhalter mehr Söhne vorhanden, als das Geschäft jemals Kaufleute brauchen kann. Sie werden sich auf ein Glüd von anderer Seite her verlassen müssen, und so, ehe Sie sich mit grober Arbeit die Hände für die Musik verderben, überlegen Sie Ihren Entschluß nochmals reiflich.“

„Ich bin entschlossen, und damit lassen Sie es genug sein!“ erwiderte Reichardt, seinen Platz wieder einnehmend. „Will mich das Glüd finden, so bin ich ihm auch als Hausknecht nicht aus dem Wege.“

„Seid denn so, wenn Ihnen die Hoffnung genügt,“ nickte Meißner, nach seinem Plaze greifend, „lassen Sie Sie uns darauf trinken; dann aber werde ich Sie in meinem Boardinghause einquartieren, bis ich alles in Ordnung gebracht habe.“

Am nächsten Morgen fanden die beiden Freunde bereits vor dem Geschäftshause, als sich dort langsam die Tür aufstieß und eine breitschultrige Gestalt verdrießlich in die Straße hinaus sah. „Die Zeit verschlafen, denn?“ lachte der Kupferschmied.

„O, der Teufel war in dem dunkeln Loch aufzuwachen, und dazu hat mich der Hund in der Nacht nicht schlafen lassen, wollte absolut die Hälfte des Bettes haben,“ kumulte der Schmied.

„Well, bedanken Sie sich, ich bringe die Ablösung,“ rief der Erstherr launig, „hier Mr. Reichardt, der heute eintritt — und hier,“ wandte er sich an seinen Begleiter, „unser Herr, der mit zwei vollen Whiskeyfässern Polla tanzt, unser erster Porter!“

„Auch ein Deutscher?“ erwiderte der Letztgenannte. „das ist recht, wenn er auch,“ fuhr er, Reichardts Finger zwischen seiner breiten, jähneligen Hand drückend, fort, „wohl noch kaum ordentlich gearbeitet hat. Es lernt sich aber in Amerika alles, und ich denke, wir werden mit einander auskommen!“

„Und nun warten Sie, bis Sie jemand nach dem Büro hinaufgehen sehen, melden sich dort als den neuen Porter, den der Bill gebracht hat, und das übrige findet sich!“ sagte Meißner, in das Innere gehend.

„Hier können Sie gleich eine Bekanntschaft machen, die nahe genug werden wird,“ lachte der zurückgebliebene Porter, auf einen großen Reumdländer deutend, der langsam und sich streckend aus dem Hintergrunde hervorkam, den Ankömmling heroch und sich dann gähnend in den Ausgang stellte.

„Ich denke, es wird sich wohl alles erträglich einrichten lassen!“ erwiderte Reichardt.

„Erträglich — warum nicht? — der Mensch gewöhnt sich an alles!“ verlegte der andere gutmütig, hing eine große Lederschürze über und folgte den übrigen.

Reichardt suchte sich einen Sitz an einem der Whiskeyfässer und schlug die Arme übereinander. Es war nicht die geringste Unruhe über das, was er zu tun hatte, in ihm; er wollte seine amerikanische Karriere „von der Pike auf“ beginnen und sich durch alle Schwierigkeiten durcharbeiten, wie es schon so viele andere vor ihm getan; er hatte sich gesagt, daß der geringste Gewinn, den er sich dadurch erringen konnte, eine praktische Geschäftskennntnis sei. Unwillkürlich richteten sich seine Augen nach seinem künftigen Geschäftspartner, dem großen Hunde, der noch immer, die Straße beobachtend, in einer der

offenen Türen sah. Reichardt war immer ein Hundsfreund gewesen und es berührte ihn wie ein gutes Vorzeichen, als das schöne Tier leicht seinem Loden folgte, ihm während seiner Liebheutungen aufmerksam ins Auge sah und dann mit seiner Nase eine genauere Inspektion der neuen Bekanntschaft vorzunehmen schien.

Ein kurzer Husten in seiner Nähe machte ihn aufsehen, und sein Auge traf auf die Gestalt eines kleinen ältlichen Mannes, der einen scharf mühenenden Blick über den Wartenden gleiten ließ und dann die Treppe nach dem Büro hinaufflog. Das war jedenfalls der Buchhalter, und nach Verlauf einiger Minuten folgte Reichardt. Eine Art heimlich-Gefühl überkam ihn, als er in das helle Kontor trat. Die drei eleganten Polte mit ihren Sesseln, wie der eigentümliche Schreibstuden-Geruch machten ihn lebendig an eine vergangene Wirklichkeit, die er in übermäßigem Leichtsinne von sich geworfen, und die jetzt erst recht, wie glücklich er wäre, in dem alten Berner seine ganze Genugtuung suchen zu dürfen.

Der alte Buchhalter stäubte eben in sichtlich Mühsamung sein Pult ab und wandte sich mit tragendem Blicke nach dem Eingetretenen.

„Der neue Porter, den Bill empfohlen hat!“ beillte ich dieser zu melden.

„Ein Deutscher wieder?“ entgegnete der Alte grämlich, einen Blick über Reichardts ganze Erscheinung werfend, „werden wohl ebensowenig vom englisch Lesen und Schreiben verstehen, als der vorige!“

„Ich hoffe, daß ich darin allen Ansprüchen genügen kann, Sir!“

„Wird sich bald ansprechen, ich mag keine Not mehr damit haben. Jetzt segen Sie hier aus, oben nehmen Sie die Papiere in Acht — nicht einem von den andern ist es eingefallen, daß man sich nicht in Staub und Schmutz wälzen kann!“



Auch die „Württ. Zeitung“ bemerkt u. a.: „Im allgemeinen sind die merkwürdigen Verschiebungen von einem Sonntag zum andern ein Zeichen dafür, wie wenig gefestigt die Wähler in ihrer Haltung sind. Diese Erschütterung kann niemand wundern, da eben die Massen der Neuwähler politisch ganz ungeschult sind und zu den Parteien noch keinen sicheren Standpunkt gewonnen haben. Allerdings ist das Parteiwesen keineswegs ganz geklärt, was es natürlich den Wählern noch schwer macht, sich zurechtzufinden.“

Das „Deutsche Volksblatt“ (Str.) stellt fest, daß das Zentrum mit besonderer Befriedigung auf die Wahl zurückblicken könne; mit ganz wenigen Ausnahmen habe die Partei den Stand vom letzten Sonntag behauptet und zum Teil auch erheblich verstärkt.

Der „Schwäb. Merkur“ weist darauf hin, daß bei der Wahl die Sozialdemokratie Glück hatte: So kam ihr, so schreibt das Blatt, nicht bloß zu gut, daß die bürgerlichen Parteien je näher es an den Wahltag ging, desto mehr den Kampf gegeneinander führten, sondern sie hat auch direkten Nutzen daraus gewonnen, daß eine Einigung unter den bürgerlichen Parteien die „Verbindung“ der Wahlvorschläge für die Aussetzung der Sitze nicht zustande gekommen ist. Hätten die bürgerlichen Parteien ihre Vorschläge verbunden, so wäre es Spielend verhindert worden, daß die Sozialdemokratie auch noch einen solchen Sitz erhalten hat. Dabei hätte — eine Krone des Schicksals — diesen weiteren bürgerlichen Sieg die Deutsche Demokratische Partei erhalten.

Die „Schwäb. Tageszeitung“ (Bauernbund) schreibt: Die weniger abgegebenen Stimmen gingen der Bürgerpartei und dem Bauern- und Winzlerbund verloren. Vielleicht war es richtiger gewesen, auch bei dieser Wahl getrennte Wahlvorschläge zu machen und dadurch mehr Wähler zur Wahlurne zu bringen. Das Ergebnis der Bürgerpartei und des Bauernbundes ist nicht ermutlich. Die rechtsstehenden Wähler gehören zu jenen, die am schnellsten wählbar sind. Die Sozialdemokratie war im Wahlkampf weit anständiger als die von Hansmann und Nieber geführte Deutsche Demokratie.

Die „Süddeutsche Zeitung“ knüpft an die alte Regel an: Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte: Der Wahlkampf der vergangenen Woche ließ ja kaum mehr ahnen, daß es auch eine sozialistische Gefahr gebe. In den Wärrern und in der Agitation sah man nur einen Feind, den Rechtsstehenden. Mächtig und von ihr selbst kaum erachtet, sind die Früchte der bürgerlichen Selbstzerfleischung der Sozialdemokratie in den Tagen gefallen. Die Demokratie ist trotzdem zufrieden. Sie gibt damit unumwunden zu, daß sie lieber in der Hand der Sozialdemokratie steht, als in der Hand der bürgerlichen Bürgerpartei drei Sitze steht.

## Wochenrundschau.

Gottlob, die Wahlen sind vorüber. Es war des Guten zuviel, innerhalb acht Tagen, wie es in Bayern und Württemberg der Fall war, zwei Wahlen von der grundlegenden Bedeutung der ersten, verfassunggebenden Landes- und Nationalversammlung durchzumachen. Kein Wunder, wenn die Beteiligung beim zweiten Wahlgang nachließ; sie ist in Württemberg gegenüber der ersten Wahl um über 2 Prozent geringer gewesen, während in Baden, wo ein 14 tägiger Zwischenraum die beiden Wahlen trennte, die nicht unbedeutliche Steigerung von 52 309 Stimmen zu verzeichnen ist. In Baden sind die 14 Mandate für die deutsche Nationalversammlung folgendermaßen unter die Parteien verteilt: Mehrheitssozialdemokratie 7 (früher 1), Zentrum 5 (7), D. dem. Partei 3 (früher 4), Dem. 1, Deutsch-nationale 1 (1). Von den 17 wählbaren Mandaten (einschließlich Hohenzollern) sollen auf die Sozialdemokratie 7 (3), D. dem. Partei 4 (früher 5), Volksp. 6, Nationalliberale 2, Bürgerpartei und Bauernbund 2 (2). In die 15 Sitze, die Bayern (einschließlich Rheinpfalz) zufallen, teilen sich die Parteien wie folgt: Bayer. Volkspartei 18, Sozialdemokratie 15, Deutsche Volkspartei (in Bayern Demokratische Partei und ein Teil der Nationalliberalen) 5, Bayer. Bauernbund 4, Nationalliberale und Mittelpartei 2, Unabh. Sozialisten 1. Wider Erwarten haben sich die Wähler in der Rheinpfalz noch so zeitig ermüdet lassen, daß sie beim Endergebnis, das nach dreitägigem Warten vorläufig für das Reich zusammengestellt ist, noch mitgerechnet werden konnten. Die Pfalz wählte 2 Zentrumsmitglieder, 2 Sozialdemokraten, 1 Demokrat und 1 Mitglied der Nationalliberalen und Mittelpartei. Während in Württemberg und Baden die Zusammenstellung des Gesamtwahlergebnisses keine Schwierigkeiten machte, so daß in der Frühe des 20. Januar schon die ganze Wahl bekannt war, ließen die Nachrichten aus den übrigen Reichsteilen nur langsam ein, vielfach ganz unvollständig und korrekturbedürftig. Das Verhältniswahlverfahren war noch ungewohnt und scheint manche Verwirrung gestiftet zu haben. Am Mittwochabend erfuhr man aber doch wenigstens die Verteilung der Sitze der Nationalversammlung. Obenan steht wieder die sozialdemokratische Partei mit 164 Abgeordneten, dann folgen Christl. Volkspartei (Zentrum) mit 88, Deutsche dem. Partei mit 77, Deutsch-nationale Partei mit 34, Unabh. Sozialdemokraten mit 24, Deutsche Volkspartei (Rechtsnationalliberale) 23, Fraktionslose (darunter 4 Welfen, 4 Bayer. Bauernbund, 2 Württ. Bürgerpartei und Bauernbund, 1 Bauern- und Landarbeiterdemokraten) mit 11 Abgeordneten. Elsaß-Lothringen hat nicht gewählt, aus bekannten Gründen, die 12 Mandate des Reichslands kommen also in Wegfall. Auch die Polen in Posen, Westpreußen und Oberschlesien haben sich der Wahl enthalten, sie führen sich als Angehörige des Polenreichs. Daraus erklären sich die niedrigen Stimmzahlen im Osten. Der frühere Reichstag reichte sich folgendermaßen zusammen: Zentrum 91, Sozialdemokratie 86, Unabhängige 26, Konservative, Freikonservative und Deutsche Fraktion 72, Nationalliberale 48, Fortschrittliche Volkspartei 46, Polen 19, Elsaß-Lothringer (als Partei) 8, Däne 1.

Am 6. Februar, wenn nichts mehr dazwischen kommt, wird die Nationalversammlung in Weimar zusammengetreten. Zwar hat sich der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der die oberste Gewalt im Reich, gegen die Wahl der Stadt der Dichter und Dichter ausgesprochen, es wird aber doch dabei kein Bewenden haben, schon mit Rücksicht auf die süddeutschen Staaten, die für einige Zeit gründlich Berlinhaft geworden sind. Auch könnte die Reichsregierung mit dem besten Willen keine Gewähr übernehmen, daß die Arbeiten der Nationalversammlung in Berlin vom Spartakismus unbehelligt bleiben werden; es wird schon in Weimar das Aufgebots aller Vorichtsmaßnahmen gegen Ueberrumpelungen bedürfen.

Die Aufgabe der Nationalversammlung, die selber eine provisorische Volksregierung darstellt, wird zunächst die Wahl einer provisorischen Reichsregierung sein, bis

der noch in diesem Jahr zu wählende Reichstag als die eigentliche und berufene Vertretung des deutschen Volkes die ordnungsmäßige Regierung führt. Sodann wird die neue Reichsverfassung beschlossen werden müssen, deren einzelne Teile in verschiedenen Ausschüssen gründlich durchzuerörtern sind. Der von dem derzeitigen Staatssekretär des Innern Dr. Preuß vorgelegte Entwurf stellt sich in der Erklärung des Urhebers in abschließlicher Weise auf zu dem Verfassungswerk Bismarcks. Dr. Preuß sagt in der dem Entwurf beigefügten Denkschrift: „Der neue Bau des Reichs muß ganz bewußt auf den Boden gestellt werden, den Bismarck bei seiner Reichsgründung ganz bewußt nicht betreten hat.“ Er meint damit den Gegensatz zwischen dem auf Macht gegründeten Obrigkeitstaate unter Führung eines starken Preußen und dem durch die Revolution geschaffenen demokratisch-sozialen Staat. Der Entwurf ist nun aber verschiedentlich auf starken Widerspruch gestoßen. In Preußen hat es Anstoß erregt, daß nach dem Entwurf das alte Königreich in mehrere Teile zerlegt werden soll, während doch der Schutz der Küste gegen außen einen starken und mächtigen Staat bedinge; in Süddeutschland, besonders in Bayern, will man nichts davon wissen, daß alle wichtigen Verwaltungszweige, das Zoll- und Steuerwesen, Eisenbahnen, Posten und Telegraphen usw. der Reichsgewalt überliefert werden sollen, und man fürchtet, daß mit dem Uebergang der Hauptfinanzämter an die Reichsverwaltung die Einzelstaaten ihre Rolle als selbständige Staaten verloren. Sehr stark hat es in Bayern abgetönt die Rede war, daß die Rheinlande von Bayern abgetrennt werden solle. — Bekanntlich haben auch die Franzosen einen kräftigen Appell an die französische Pfalz. — So wird die Ausarbeitung der neuen Verfassung für die Nationalversammlung eine harte Aufgabe werden, umso mehr als sie kein Werk für augenblickliche Bedürfnisse ist. Die Stimmungen sind dort, besonders in den Grundzügen wenigstens für eine fernere Zukunft den Rahmen für eine geistliche nationale und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volks — einschließlich Deutsch-Oesterreichs — schaffen soll. Am Samstag finden sich Mitglieder der verschiedenen Bundesregierungen und hervorragende Kenner des Staatsrechts in Berlin ein, um den Verfassungsentwurf in Vorbereitung zu nehmen.

Marschall Joch hat sich dieser Tage von einem Zeitungsmann „interviewen“ und über die Absichten Frankreichs am Rhein ausfragen lassen. In leichtem Plauderton erzählte Generalissimus, wie wohl und sicher sich die Franzosen nach der Zertrümmerung der deutschen Heere in ihrem neuen Besitzum, dem Land am westlichen Rheinstrom, fühlen und welches Vergnügen ihnen der Reichtum des Saargebietes mache, aus dem sie edelmütig auch anderen, z. B. den Schweizern, eine Freude machen wollen. Vor Deutschland brachte die Franzosen nicht mehr bange zu sein. Es sei aber auch kein Grund, Deutschland zu bemitleiden, denn es werde sich schon wieder erholen. Der übermäßige Hohn entspricht ohne Zweifel ganz den Absichten der französischen Regierungskreise. Man hat sich in Paris in den Kopf gesetzt, den Rhein zur Grenze zu machen, ob Wilson will oder nicht. Jedenfalls wird dafür einmal Stimmung gemacht. Ob England die Forderung auf der gegenwärtigen „Friedenskonferenz“ unterstützen wird? In Paris scheint man es zu glauben, vielleicht hegt man in London ähnliche Aspirationen. Hat doch die amtliche französische Telegraphenagentur, das Bureau Havas, erst gemeldet, die großbritannische Regierung habe beschloffen, während der Dauer von ungefähr sechs Monaten ein Besatzungsheer am Rhein zurückzulassen, das mit den Verbündeten zusammen wirken werde. Grund: die Lage in Deutschland sei unsicher und Deutschland beachte die Waffenstillstandsbedingungen nicht. Das heißt doch wohl, daß die Feinde auch nach Ablauf des Waffenstillstands und nach Friedensschluß am Rhein dauernd Streitkräfte halten wollen. Das verschaffe ihnen die prächtige Gelegenheit, „zur Strafe für die Nichtbeachtung der Waffenstillstandsbedingungen“, die Rheinlande, ihr Reichthum und ihre industrielle Erzeugung in Ruhe gründlich kennen zu lernen, für sich auszunutzen und Deutschland diese Quelle neuen wirtschaftlichen Emporkommens zu verstopfen. Da heißt es die Augen offen halten! Freilich, bei den Friedensbedingungen haben wir ja gar nicht mitzureden. Ist es auch schon einmal vorgekommen, daß nach einem Kriege eine Friedenskonferenz zusammentrat, an der nur eine Partei teilnahm? Die gegenwärtigen Verhandlungen in Paris sind keine Friedenskonferenz, sondern ein Gerichtshof, wo über einen in Ketten gelegten Verbrecher abgeurteilt wird. Die Verhandlungen sind geheim, obgleich Wilson in seinen 14 Punkten die Geheimhaltung im amtlichen Verkehr der Staaten, diese Todesfände des alten Regimes, mit Stumpf und Stiel ausrotten zu wollen gelobt hat. Wir erfahren also nichts von dem, was sie in Paris über uns beschließen, wenigstens nichts Beglaubigtes; wir können uns nicht verteidigen, nicht verwahren. Es ist System darin. Denn schon scheint es als international ausgemachte Sache zu gelten, daß Deutschland den Krieg angezettelt, angefangen und mit ausgefahrenen Geckeln geführt hat, und in staatlichem Auftrag haben Staatsrechtslehrer in London und Paris Gutachten ausgearbeitet, die beweisen sollen, daß der deutsche Kaiser, seine Söhne und Generale, Minister, Diplomaten, Politiker usw., zusammen über 500 Personen vor das Hochgericht der Entente nach Völkerverbrauch gestellt werden können und müssen. Die politische Einkreisung Deutschlands durch Eduard VII. war gefährlich; die moralische aber, die seit Kriegsbeginn im Werke ist, droht noch gefährlicher zu werden. Sie kostet uns unsere Ehre.

Auch mit dem Völkerverbund ist es auch so eine Sache. Der Bund wird vom Verband so gegründet, wie es den Interessen vor allem Amerikas, Englands und Frankreichs entspricht. Die anderen Völker können nicht mitleiden. Sie können sich bloß anschließen. Deutschland aber darf nur aufgenommen werden, wenn es sich den Bestimmungen des „Bunds“ bedingungslos unterwirft. So viel weiß man jetzt schon, daß Amerika und England ihre Waffenmacht bedeutend steigern werden, denn sie werden die Völkerepoche sein, Frankreich aber wird als „äußerste Schutzwache“ ein schlagfertiges Heer unterhalten. Nun, mögen sie es tun, wenn sie nur dann den anderen

Völkern nicht zumuten, die Polizei- und Wachtrohen zu tragen.

Im Osten rücken die Dinge der Entscheidung entgegen. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat den Oberbefehl über die neugebildete Ostfront übernommen und von Ostpreußen bzw. Posen und Schlesien aus wirbt der ungünstigen Jahreszeit gegen Polen und Sowjetrußland der deutsche Boden verteidigt und den noch draußen harrenden Kameraden Hilfe gebracht. Die Entente hat den Griff ins bolschewistische Wespennest nicht gewagt, sie sucht sich jetzt mit dem Bolschewikentum in freundschaftlicher Weise auseinanderzusetzen und hat auf den Prinszeninseln im Narmarameer zu dem Zweck eine Besprechung mit den Vertretern der verschiedenen russischen Regierungen in die Wege geleitet. Die französische Presse gibt zu, daß die Verbandsmächte sich zu diesem Schritt nicht aus Begeisterung für Rußland, sondern aus Furcht, der Bolschewismus könne auch bei ihnen Fuß fassen, entschlossen haben. Mit den Polen soll eine ähnliche Konferenz stattfinden. Verschiedene Pariser Blätter bezweifeln, ob die Konferenzen den gewünschten Erfolg haben werden und darin dürften sie Recht behalten.

## Neues vom Tage.

### Das Stimmenverhältnis.

Berlin, 24. Jan. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine vorläufige Zusammenstellung der Wahlergebnisse einschließlich der Pfalz. Eine Zusammenrechnung der dort abgegebenen Stimmzahl ergibt vom Kräfteverhältnis der Parteien folgendes Bild: Es erhielten Sozialdemokratie 11 112 459 Stimmen, Unabhängige 2 186 305 Stimmen, Deutsche demokratische Partei 5 552 936 St., Christl. Volkspartei (Zentr.) 5 386 804 Stimmen, Deutsch-natl. Volkspartei 2 729 196 Stimmen, Deutsche Volkspartei (Strafmann) 1 106 408 Stimmen, Bayerischer Bauernbund 278 718 Stimmen, Bayerische Mittelpartei 11 955 Stimmen, Schleswig-holstein. Bauernbund 58 482 Stimmen, Braunschweiger Landesverband 56 675 Stimmen. Darnach sind 15 775 174 bürgerliche Stimmen abgegeben worden, gegen 13 298 705 sozialdemokratische.

### Reichskonferenz.

Berlin, 24. Jan. Am 28. Jan. findet in Weimar eine Besprechung von Regierungsvertretern der Bundesstaaten über Finanz- und Steuerfragen statt.

### Agrarreform.

Berlin, 24. Jan. In der „Deutschen Allgem. Ztg.“ wird geschrieben: Zu den dringenden Aufgaben, die der Neubau unserer Volkswirtschaft uns stellt, gehört auch die Agrarreform. Wir müssen durch Hebung der Landwirtschaft einen weiteren kaufkräftigen inneren Markt schaffen. Und das ist nur möglich durch eine intensive Wirtschaft, die möglichst viel Arbeitskräfte in Anspruch nimmt. Der Arbeitslosigkeit in der Industrie können wir nur begegnen, wenn wir auf dem flachen Lande Arbeits- und Siedelungsgelassenheit schaffen. Dazu drängt uns die Notwendigkeit, Lebensmittel soviel wie möglich aus eigenem Boden zu gewinnen. Die Regierung ist bemüht, dem Bedürfnis nach Land nachzukommen und insbesondere die innere Kolonisierung energisch zu fördern.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die einzige Möglichkeit, nutzbringend die gegenwärtig brachliegenden Kräfte zu beschäftigen und die weitere kolossale Wertvernichtung durch Arbeitslosenunterstützung ohne Gegenleistung zu vermeiden, ist die Arbeitslosen zur Herstellung neuer Felder und Wiesen heranzuziehen und der Verbreiterung des Nahrungsmittelspielraums des deutschen Volkes nutzbar zu machen.

Berlin, 24. Jan. Der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn soll sich in Braunschweig aufhalten, nach anderen Nachrichten sich in Schweden befinden.

### Der Krieg im Osten.

Bromberg, 24. Jan. (Amtlich.) Im Laufe des gestrigen Tags geringe Patrouillentätigkeit. Eigene Artillerie beschloß Bandenansammlungen in Neppwalde und bekämpfte Maschinengewehrnest und feindliche Batterien am oberen Neppelanal.

Braunschweig, 24. Jan. Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß, den bürgerlichen Zeitungen die behördlichen Anzeigen zu entziehen.

London, 24. Jan. Die Bolschewisten sind in der Gegend von Orenburg vorgerückt und haben diese Stadt besetzt.

### Gelockerte Mannszucht deutscher Truppen.

Berlin, 24. Jan. Wie aus Kiew mitgeteilt wird, zwingen immer noch einzelne bisjupinsche Truppen ihren vorzeitigen Abtransport aus dem Osten. Trotz aller Ermahnungen und Hinweise auf die Unamerikabilität ihres Verhaltens und die dadurch eintretenden Transporterschwiernisse für die Gesamtheit bemühten sie sich, zum Teil den übertrageneu Bahnschub verlassend, rücksichtslos durchfahrender Leerzüge, die für weiter östlich befindliche Truppen bestimmt sind. Diese Nichtbeachtung der gegebenen Weisungen und Befehle hat Störungen zur Folge, die den Abtransport der Gesamtheit verzögern und gefährden. Es ist klar, daß dieses Verfahren die für den Rücktransport festgelegten Pläne der verantwortlichen Behörden in ernstester Weise stört und daß durch sie die sonst bis Ende Januar durchführbare Räumung der Ukraine hinausgeschoben wird. Die Erbitterung der durch ihre rücksichtslosen Kameraden benachteiligten Truppenteile äußert sich in den dringenden Bitten, durch Bezeichnung die pflichtvergessenen Truppenteile in der Presse zu brandmarken.

### Die Letzten aus Koltawa.

Berlin, 24. Jan. Nach einem Funktelegramm aus Kiew befinden sich die letzten Truppen von Koltawa auf dem Heimtransport und senden ihren Angehörigen Grüße. Es sind dies die 1. Kavalleriedivision, das Landwehrcyclistengiment 121, das Landwehrintanterie-



Die russischen Kriegsgefangenen.

Bern, 24. Jan. Wie das internationale Komitee vom Roten Kreuz mitteilt, werden die russischen Kriegsgefangenen in Russland nicht eher zurückkehren, als bis jede Gefahr beseitigt ist, die sie in Russland der Hungersnot und der Tat gleich bolschewistischer Agitatoren in die Arme treiben könnte.

Bolschewistenwirtschaft.

London, 24. Jan. Die „Times“ erfährt aus Omsk: Wie bolschewistische Blätter melden, sind in Petersburg und Penza 14000 Arbeiter Tag und Nacht mit der Herstellung von Papiergeld beschäftigt. Petersburg liefert 90 Millionen Rubel täglich, Penza 220 Millionen Rubel. Neben ihrer Löhnung erhalten die bolschewistischen Soldaten an der Front 30 Rubel für jede Stunde, die sie im Gefecht sind. Jeder Soldat, der an der Eroberung von Ufa teilnahm, erhielt 1000 Rubel.

Das amtliche Organ der Bolschewisten in Moskau, „Iswestija“, veröffentlicht eine Mitteilung des Finanzkommissars, wonach der Fehlbetrag für die letzten 6 Monate 2445 Millionen Rubel beträgt. Der Verbrauch des Kriegskommissars ist nicht veröffentlicht worden. Ebenso halten die Bolschewisten das finanzielle Ergebnis der Sozialisierung der Industrie und des Handels geheim.

Ausweisung eines Sowjetgesandten.

Stockholm, 24. Jan. Der russische Sowjetvertreter Borowski hat dem „Folens Dagblad“ zufolge von der schwedischen Regierung die Aufforderung erhalten, mit seinem ganzen Personal Schweden spätestens Samstagabend zu verlassen.

Die Friedenskonferenz.

Newyork, 24. Jan. Die „Newyork Sun“ meldet aus Paris, daß die Friedenskonferenz gestern über die Rüstungseinschränkungen verhandelt habe. Lloyd George setzte auseinander, die britische Flotte dürfe nicht beschränkt werden. Clemenceau gab der Meinung Ausdruck, daß Frankreich ein Heer haben müsse, das größer sei als je.

Brüssel, 24. Jan. Wie verlautet, sind die Alliierten nicht geneigt, die Großherzogin Charlotte von Luxemburg anzuerkennen. Die Frage werde erst auf der Friedenskonferenz behandelt werden. (Großherzogin Charlotte hat kürzlich nach der Abdankung ihrer Schwester Adelheid die Regierung übernommen. D. Schr.)

Newyork, 24. Jan. „N. Herald“ meldet, Wilson habe die Staaten von Mittel- und Südamerika aufgefordert, in den Völkerbund einzutreten.

Zwangsverwaltung deutscher Werke.

Bern, 24. Jan. Wie aus Mey gemeldet wird, sind die Thyssenschen Stahlwerke in Hagendingen (Vosthringen) von der französischen Regierung unter Zwangsverwaltung gestellt worden, sie werden aber, um ihre vielen Arbeiter nicht brotlos zu machen, in Betrieb bleiben.

Der Nervus rerum.

London, 24. Jan. „News Agency“ meldet, die englische Regierung habe Frankreich vorgeschlagen, alle russischen Regierungen, auch die Bolschewiki, zu einem Waffenstillstand und zur Teilnahme an der Friedenskonferenz einzuladen. Frankreich habe aber entschieden abgelehnt, und zwar sei Frankreich deshalb so schlecht auf die Sowjetregierung zu sprechen, weil diese die 24 Milliarden-Anleihen Frankreichs für ungültig erklärt hatte. Die Sowjetregierung sei übrigens nicht abgeneigt, darüber in Verhandlungen einzutreten (d. h. die Staatsschuld an Frankreich wieder anzuerkennen).

Paris, 23. Jan. Das Kriegsministerium ordnete die Demobilisation der Jahrgänge 1890 bis 1906 an.

Schmerzlich.

Paris, 24. Jan. Der Minister des Auswärtigen Pichon gab in der Kammer seinem Bedauern Ausdruck, daß in Orten Elsaß-Lothringens Kundgebungen gegen Frankreich stattgefunden haben.

Schiffsunfall.

Paris, 24. Jan. (Havas.) Das französische Dampfschiff „Le Pêcheur“ sank am 21. Januar an der Ostküste von Tunis auf eine Mine. Der Kommandant und 7 Matrosen wurden gerettet. 18 Personen werden vermisst.

Streit in England.

London, 23. Jan. (Meuter.) Der Arbeiterausschuß im Clyde-Beritz billigte die Vorbereitungen für den am 28. Januar zu Gunsten der 40stündigen Arbeitswoche geplanten Streit der Schiffswerkstarbeiter. Die städtischen Arbeiter von Glasgow werden sich anschließen.

Zweiter Simplontunnel.

Bern, 23. Jan. Wie die „Epoca“ aus angeblich zuverlässiger Quelle wissen will, soll demnächst zwischen der Schweiz und Italien ein Vertrag über die Vollenbung des zweiten Simplontunnels zustande kommen, der noch in diesem Jahre fertiggestellt und zu Beginn 1920 dem Betrieb übergeben werden soll.

Rom, 24. Jan. Wie der „Corriere della Sera“ berichtet, ist unter Aufsicht der schweizerischen Gesandtschaft mit der Räumung des Palazzo Caffarelli, des ehemaligen deutschen Botschaftsgebäudes in Rom, begonnen worden.

Vom internationalen Sozialistenkongress.

Bern, 24. Jan. Das „Berner Intelligenzblatt“ teilt mit, der bayerische Ministerpräsident Eisner wird an der Berner Sozialistenkonferenz teilnehmen. Die „Berner Tagwacht“ erfährt, Friedrich Adler habe am Berner Kongress teilnehmen wollen, er habe jedoch auf Bestimmung der Entente als Vorkämpfer des Ministers Stürgg von der schweizerischen Regierung keine Reiseerlaubnis erhalten.

Athen, 24. Jan. (Meuter.) Aus Konstantinopel wird berichtet, daß Marshall Niam Ahmad Pascha, der Befehlshaber der 3. türkischen Armee, unter der Anklage der Tötung von Griechen und Armeniern verhaftet worden ist.

Württemberg.

Stuttgart, 23. Jan. (Ev. Landes Synode.) Im Fortgang der Beratung über Wahlfähigkeit und Wählbarkeit in der Donnerstags-Synode begründete der Abgeordnete D. von Römer seine Ablehnung des fälschlichen Wahlrechts der Frau mit dem Standpunkt der Bibel und der 2000jährigen christlichen Sitte, während die Abgeordneten Dr. Hoffmann, D. von Wurster, D. Traub u. a., sowie die Vertreter des Kirchenregiments Dr. von Metz, D. Schoell u. a. betonten, daß sich ein Schriftbeweis für oder gegen die Wählbarkeit der Frau nicht führen lasse, da die betreffenden Ausführungen der Bibel durch die damalige Sitte bedingt seien. Heute habe man der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Frau nicht erst seit der Revolution, sondern in den vier Kriegsjahren auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens wertvolle Arbeit geleistet habe. Gerade mit ihnen besondern Gaben solle sie in der Landeskirchenversammlung mitreden und -taten. In der Abstimmung wurde Artikel 3 angenommen: „Wahlberechtigt für die Landeskirchenversammlung sind alle mindestens 25jährigen geschäftsfähigen männlichen und weiblichen Mitglieder der evangelischen Landeskirche, welche in Württemberg ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben.“ Der Antrag von Römer, der die Wählbarkeit auf die männlichen Kirchenmitglieder beschränkt, wurde mit 38 gegen 15 Stimmen abgelehnt und Artikel 4, Absatz 1, der die Wählbarkeit der männlichen und weiblichen Kirchenglieder, soweit sie im Besitz des in Artikel 2 genannten Stimmrechts sind, vorsieht, unverändert angenommen.

Stuttgart, 24. Jan. (Berufung.) Die vorl. Regierung hat eine Stelle bei dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens dem Rektor Dr. Reinhold am Heilbronner Lehrerseminar unter Verleihung des Titels eines Ministerialrats übertragen.

Stuttgart, 24. Jan. (Einspruch.) Der Landesauschuß der Soldatenräte Württembergs hat im Einvernehmen mit dem Kriegsminister bei dem Rat der Volksbeauftragten in Berlin gegen die Neuauflistung von Flakbatterien, Einstellung von Militärpferden u. a. durch das preuss. Kriegsministerium illegitimen Einspruch erhoben und gefordert, das Heer solle vollständig aufgelöst und nur eine freiwillige Volkswehr auf demokratischer Grundlage gebildet werden.

Stuttgart, 24. Jan. (Städtisches Geld.) Die Gültigkeitsdauer der städt. Geldscheine in Abschnitten von fünf Mark und zwanzig Mark wird bis 1. April 1919 verlängert. Die städt. fünfzig-Markscheine werden mit dem 1. Februar ds. J. aus dem Verkehr genommen; sie werden aber von den staatlichen Kassen bis 15. Februar 1919 in Zahlung genommen und von sämtlichen Stuttgarter städt. Kassen bis 15. März 1919 eingelöst; von diesem Zeitpunkt an sind sie ungültig.

Neuffen, 24. Jan. (Ein Gutedel.) Der schweizerische Schleichhändler Frey, der seinerzeit von Arbeiter- und Soldatenrat aus dem Gefängnis in Freiheit gesetzt worden war, stahl ein Fuhrwerk. Er wurde aber im Hohenzollernschen erwischt. Doch kam er wieder in Freiheit. In Nürtingen soll er nun 5000 M. gestohlen haben.

Stuttgart, 23. Jan. Präf. Keil führte in seiner Ansprache weiter aus: Wir wissen, daß das Siegesbewußtsein der Machthaber der feindlichen Staaten uns überaus drückende Bedingungen auferlegt, die wir in unserer Machlosigkeit nicht abwehren können. Aber wir dürfen nicht, geduldig und schweigend alles hinnehmen; wir müssen, wo an die Lebensmöglichkeit unseres Volkes unterbunden und uns erdroffeln will, die Völker der Welt anrufen und ihr Gewissen daran mahnen, daß die Gerechtigkeit die Grundlage des Völkerebens sein muß. Unserem Volk, das in seinen breiten Massen das Völkerverbluten nicht verschuldet hat, kann der Anspruch auf Luft und Licht nicht verweigert werden. Es würde aber dem Untergang geweiht sein, wenn alle die Pläne ausgeführt würden, die gegen uns erdramen sind. Die beste Organisation würde uns nichts nützen, wenn wir auf unabsehbare Zeit hinaus zu Frontarbeiten für die feindlichen Eroberer verurteilt wären. Darum wollen wir auch vom Boden unseres Einheitsstaats aus unserer Haut u. Fleis und unser Recht, ein großes Volk zu sein, vor aller Welt mit Nachdruck betonen.

Gegen den Vorschlag Keils, die Geschäftsordnung der bisherigen Zweiten Kammer vorerst den Beratungen zugrunde zu legen, erhob Crispian Protest. Es entspann sich eine Debatte, wobei Crispian Keils Vorschlag unterstützte. Als jedoch der Reichstag zusammengetreten sei, habe man ohne weiteres die Geschäftsordnung des preussischen Landtags angenommen. Mit so einfachen Fragen solle man nicht die Zeit verlieren. Keils Vorschlag wurde gegen die Stimmen der 4 Unabhängigen angenommen.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde dann gleichfalls in gleicher Abstimmung von 142 abgegebenen Stimmen mit 134 Stimmen Abg. Keil (D.D.P.) gewählt; zweiter Vizepräsident wurde der Zentrumsabgeordnete Walter mit 136 Stimmen. Durch Jura wurden in Schriftführern gewählt: Kurz, Eggert, Schäfer, Staudenmaier, Löcher, Groß (Sozialist), Kapp und Dr. Roth. Sodann wurde ein Geschäftsordnungsausschuß und ein Legitimationsausschuß, beide bestehend aus je 15 Mitgliedern, bestimmt.

Stuttgart, 24. Januar.

Präsident Keil eröffnet die Sitzung um 4 1/2 Uhr. Der Berichterstatter des Legitimationsausschusses, Groß (D.D.P.) teilte das Ergebnis der Beratungen desselben mit, nach welchem der Ausschuss mit allen gegen eine Stimme beschlossen hat, die Wahlen für rechtmäßig zu erklären und eine von Crispian und Gen. eingereichte Beschwerde über die Wahl der Frau abzulehnen. Abg. Crispian protestierte dagegen. Die Beschwerde der Unabh. hätte an einen staatsrechtl. Ausschuss übergeben werden sollen. Durch die Verabsolutung der Führer der Spartakusbewegung seien diese der Wahllegitimation entgegen zu werden und es sich deshalb fest, daß eine Wahlbeeinträchtigung stattgefunden habe.

Abg. Hanhmann (D.D.P.) beantragte, die Beschwerde über die Wahllegitimation, sondern von einem staatsrechtlichen Ausschuss, der übrigens noch gar nicht besteht, hätte behandelt werden sollen, o hätten die dieses Beschlusses gleichzeitig mit der Einbringung des Antrags auszudrücken sollen. Inzwischen kann aber nur der Reichstag, bestehend aus 15 Mitgliedern, eine Entscheidung des Wahllegitimationsausschusses treffen.

an veranlassen. Unter der neuen Wahlordnung liegt allerdings der Name des früheren Ministers und jetzigen Abgeordneten Crispian (Allgemeine Heiligkeit.) Keinenfalls hat also Herr Crispian ein Recht, die rechtliche Behandlung seiner Beschwerde durch den Legitimationsausschuß anzuzweifeln.

Der beschlussgebenden Landesversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gewährung einer Entschädigung an ihre Mitglieder vorgelegt. Sie sollen erhalten werden, wenn der bereits gemeldeten freien Fahrt auf den württ. Eisenbahnen für die Dauer der ersten Sitzungsperiode eine Aufwandsentschädigung von 1500 Mk., wovon 200 Mk. am 31. Januar, je 400 Mk. am 28. Februar und 31. März und der Rest am Tage der Schließung der Landesversammlung zahlbar sind, soweit die nicht am Ort der Versammlung wohnenden Mitglieder vor oder nach einem Sitzungstag am Ort der Versammlung übernachten, erhalten sie außerdem einen Zuschlag von je 5 Mk. Für jeden Tag, an dem ein Mitglied der Landesversammlung der Dienstreise ferngeblieben ist, wird der Betrag von 25 Mk. in Abzug gebracht.

Das Kassen- und Rechnungswesen der Staatsschuldenkasse ist bei den monatlichen Kassenführern, sowie bei einem, am 19. Dezember 1918 vorgenommenen und unterzogenen Kassensturz in Ordnung gefunden worden. Der Stand der Staatsschuld bei dem Kassensturz am 30. November 1918 betrug 694.508.000 Mk., z. h. gegenüber dem Stand Ende Januar 1918 mehr 7.721.000.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 24. Jan. (Strafkammer.) Der italienische Zementarbeiter Humbert Mattioli beteiligte sich im vergangenen Sommer an einem schweren Diebstahl in der Fabrikstraße. Der rückfällige Dieb wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der 18 Jahre alte Göttinger Albert Hausmann u. von hier raubte im Warenhaus Tieg durch einen heftigen Griff eine Kasse mit 4800 Mk., wurde aber bei der Flucht ergriffen. Er kam mit 2 Monaten 15 Tagen Gefängnis davon.

Die 20 jährige Schlosserlehre Barbara Hagen in Hietzingen wurde den Kinderwagen neben den geheiligten Oser, demselben in der Küche beschäftigt war. Eine Delle fing Feuer und es die Frau, durch den Rauch aufmerksam gemacht, herbeikam, war das Kind tot. Das Schöffengericht verurteilte die Frau wegen fahrlässiger Tötung zu 3 Tagen Gefängnis, stellte ihr aber Begnadigung in Aussicht.

Die Eröffnung der Landesversammlung.

Die Eröffnung nahm einen einheitlichen und würdigen Verlauf. Die Präsidentenwahl vollzog sich ohne jedes Abkommen zwischen den einzelnen Parteien. Der Grundsatz der Proportionalität gab der stärksten Partei den Anspruch auf den Präsidenten, der zweitstärksten den Anspruch auf den ersten, der drittstärksten den auf 1. zweiten Vizepräsidenten. Alle Fraktionen wählten nach diesem Grundsatz, sodaß also Herr Keil auch von der Rechten gewählt ist. Die vier Unabhängigen, welche nicht die für eine Fraktion nötige Stärke von sieben Köpfen hatten, scheinen weißes Bett abzugeben zu haben.

Die Ansprache Keils war bestimmt und würdig; sie betonte, daß die ganze Souveränität des Volkes nunmehr auf die Landesversammlung übergegangen sei. Am Schluß der Verhandlung begann der Abgeordnete Crispian mit Erschwerungsverwunden; er beantragte, daß nicht jedem Mitglied ein Exemplar der Geschäftsordnung übergeben werden sei, zitierte aber gleichzeitig eine Stelle aus derselben, die bewies, daß sie ihm bekannt war. Besonders drollig war der Versuch, die Verabreichung eines Exemplars an neu Eintretende Mitglieder aus derselben Geschäftsordnung abzulehnen, deren Gültigkeit Herr Crispian bestritt. Er scheint auch „unabhängig“ von der parlamentarischen Logik zu sein. Hernach reichten er und seine drei Genossen noch drei Anträge ein, auf Freilassung der Spartakusführer, auf Beilegung der Schanztruppe aus dem Landtag, und auf Ungültigkeitserklärung der Gesamtwahl, weil die Spartakusführer verhaftet und deshalb an der Agitation der letzten zwei Tage gehindert worden seien, wodurch das ganze Wahlergebnis als gefälscht erscheine. Dieser Betrieb der Unabhängigen charakterisiert sie und den früheren Minister Crispian in hundertfacher Weise. Die Auffassung des Hauses war unter allen anderen Parteien ebenso ungeteilt, wie der Entschluß, Erörterungsversuchen entgegenzutreten. Das württembergische Volk verlangt von der Landesversammlung rasche Arbeit.

Die letzte Sitzung der Fraktion der Deutschen demokratischen Partei befahte sich mit den Fragen, die sich nach der Befestigung der Hauptabstimmung über die Verfassungsurkunde ergeben haben. Conrad Hanhmann berichtete über die im Staatsministerium mit den Parteiführern stattgefundenen Verhandlungen. Die Fraktion beschloß, für die Hauptabstimmung der Verfassung aus der Mitte der Fraktion besondere Ausschüsse zur Vorbereitung des Stoffes zu bilden, und es wurden in den Ausschuss für Staats- und Gemeindepolitik gewählt: Hanhmann, Dieber, Fr. Pfund, Schoef, Keil, Gaiser, Rülberger, Staudenmaier, Darius, Kähler, Witz, Böhm, Brudmann, Wieland, Wulle und Pfadt. Der Ausschuss für Steuer- und Finanzfragen setzt sich zusammen aus Witsching, Schoef, Keil, Wulle, Bayer, Darius, Doyf, Staudenmaier, Schweidhardt, Kähler, Brudmann, Fr. Witzig und Hermann-Pfand. In den Ausschuss für Demobilisierung und soziale Fragen wurden berufen: Brudmann, Wieland, Pfadt, Deune, Groß, Fr. Kaufmann, Fr. Witzig, Fr. Reichth, Barnholt, Bayer, Citer, Witz, Keil, Schweidhardt und Fischer. Der Ausschuss für Kirche und Schule besteht aus Dieber, Cienow, Fr. Reichth, Pommerer, Böcher, Rülberger, Fr. Pfund und Gaiser und der Ausschuss für Ernährungswesen und Landwirtschaft aus Brudmann, Hermann, Schweidhardt, Witz, Witsching, Schod, Deuglberger, Doyf, Frau Ella Rülberger, Schoef, Pfadt und Fischer. Diese Ausschüsse sollen zu dienen, die notwendige Verbindung mit den für die gleichen Fragen von der Partei bestellten Ausschüssen herzustellen und zugleich die Referenten für die betreffenden Fragen bei der Beratung im Plenum zu stellen. Nachdem noch Oberbürgermeister Leo Göttinger von der Fraktion für die Stelle des ersten Vizepräsidenten bestimmt und dieser gebeten worden ist, eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen, schloß der Vorsitzende die Sitzung.

**Stuttgart, 2. Jan.** Bei der Eröffnung der heutigen, vom ganzen Lande stark besuchten Sitzung des Presse- und Propaganda-Ausschusses der Deutschen demokratischen Partei gab der Vorsitzende, Conrad Haußmann, einen Überblick über die Arbeiten der letzten Wochen und sprach der Presse über die Partei den Dank aus für die wertvolle Mitarbeit, die im besonderen Maße zu dem Erfolg der Wahlen beigetragen haben. Er ergriff dabei aber auch die Gelegenheit, im Namen der Partei allen denjenigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die sich bei der Verarbeitung der Wahlen besonders hervorgetan haben, den selbsthaften und aufrichtigen Dank der Deutschen demokratischen Partei auszusprechen. Dieser Dank gebühre auch den Wählern und Wählerinnen, die mit ihren Stimmen ein volles Viertel der abgegebenen Stimmen darstellten. Dieses Vertrauen belohne und erleichtere die schwere Arbeit, die vor der Landesversammlung und Nationalversammlung stehe. Die Partei werde in Württemberg und wohl auch im Reich anständig sein. Sie habe unter besonders schweren Umständen einen Zweifrontenkampf zu führen gehabt. Die Erregung der Revolution und die unerhörte Enttäuschung des Weltkriegs sei der Sozialdemokratie ein guter Schrittmacher gewesen, die nun aber auch die Hauptverantwortung zu tragen habe. Nachher und in politisch geklärten Zeiten werde die Möglichkeit weiterer Erzieher- und Gesellschaftsaufklärung, unserer inneren und auswärtigen Politik der demokratischen Arbeit noch mehr gerecht werden. Ueber die parlamentarische Arbeit hinaus sei die Parteiarbeit dann ein Selbstzweck, wenn sie außerhalb der Wahlen und Agitation Volksbildung und Selbsterziehung werde. Das sei die innerlich lohnende Aufgabe, an welche alle die wertvollen Kräfte herantreten werden, die sich zu vielen Tausenden der Partei in Stadt und Land diesmal gewidmet haben. Die Partei habe viele Führer und Führinnen bekommen, die das Vertrauen breiter Kreise zu gewinnen verstanden hätten. Mitlen aus den großen und wirtschaftlichen Sorgen, an deren Ueberwindung sie mitarbeiten werden, schone die Partei geklärt und mutig in die Zukunft. — Aus den Beratungsgegenständen ist zu erwähnen ein Referat von Max Kläiber-Stuttgart über die künftige Gestaltung des Pressewesens, an welches sich eine lebhafte Aussprache, an der sich Freitag-Mentlingen, Hahn-Ulm, Gänzler, Fischer, Groß, Bernath-Stuttgart und der Vorsitzende beteiligten. Sie ergab vollständige Einmütigkeit über die künftigen Aufgaben der Presse. Zum Schlusse sprach der Vorsitzende über die Fragen, die sich mit der Eröffnung der Landesversammlung für die Partei ergeben werden und findet auch hier die Zustimmung der Anwesenden zu den von ihm gegebenen Darlegungen.

**Stuttgart, 2. Jan.** Die unter dem Vorsitz von Fuchs-Gannstatt tagende Sitzung des Ausschusses für Arbeiterfragen stellte nach Referat von Göhrum-Stuttgart und Schleicher-Vörsberg Leitfäden über die Möglichkeit der Sozialisierung des Wirtschaftslebens auf. Nach der Auffassung des nahezu vollständig versammelten Arbeitsausschusses die Möglichkeit der Sozialisierung bei dem Grund Boden sofort gegeben und es wird die Parteileitung sofort das Verlangen einer Sozialisierung die-

es Wirtschaftslebens zu stellen. Insbesondere wird gefordert, die Ermöglichung der Anhebung der Bevölkerung in Heimstätten und sofortige reichsrechtliche Regelung des Heimstättenrechts, die Begünstigung der Bildung von Bauernwirtschaften an Stelle von unwirtschaftlichen Großbetrieben und Fideikommissen, sowie die Unterstellung der Bodenschätze und Wasserkräfte unter das oberste Verfügungsrecht des Staates. An der sehr lebhaften Aussprache beteiligten sich Hahn-Stuttgart, Widmann und Valsendor-Gannstatt, Moosmann-Schramberg, Frödelein-Waller und Max Kläiber-Stuttgart. Es wurde beschlossen, die Leitfäden nach ihrer redaktionellen Festlegung in die Öffentlichkeit zu bringen.

**Das Recht des Strafrechts.**

**Stuttgart, 2. Jan.** Eine Reform unseres Strafrechts ist dringend notwendig. Sie war schon vor dem Krieg bitter nötig. Der bekannte Strafrechtslehrer Franz v. Ligt hebt mit Recht in der „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“ hervor, daß gegenüber der in aller nächster Zukunft zu erwartenden stürmischen Hochflut der Kriminalität auf allen Gebieten der verbrecherischen Betätigung unser geltendes Strafrecht, das schon in ruhigeren Zeiten versagt hat, uns völlig hilflos lassen wird. Bis das künftige Strafgesetzbuch in Kraft getreten sein wird, kann nicht gewartet werden. Franz v. Ligt schreibt: „Die Ereignisse überstürzen sich. Der im Sommer bearbeitete, noch immer nicht veröffentlichte „Antwortschrift“ (für ein neues Strafrecht) dürfte wohl kaum den Anforderungen genügen, die die inzwischen erfolgte Demokratisierung unseres gesamten politischen Lebens an ein neues Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich zu stellen berechtigt wie verpflichtet ist. Soll er abermals umgearbeitet werden? Wer heute noch nicht einseht, daß der Weg der Novellengesetzgebung beschritten werden muß, dem fehlt jedes Verständnis für den Ernst der Lage.“ Franz v. Ligt warnt davor, daß nicht auch auf dem kriminalistischen Gebiet der Unklarheit das verhängnisvolle Wort, das uns heute überall entgegen tönt, zutrifft: zu spät!

— **Rechtsbrante.** Das Recht, die Reichsbeamten zu ernennen und zur Ruhe zu setzen, steht unbeschadet der hierfür bestehenden Vorschriften nach neuester Verordnung dem Rat der Volksbeauftragten auf Grund der Vorschläge der zuständigen Ressorts zu.

— **Arztbesuch.** Vom Kriegsministerium wird uns mitgeteilt, daß für den Grenzschutz Ost dringend Ärzte gesucht werden. Folgende Gebühren sind für Ärzte festgesetzt: mobiler Gehalt, freie Verpflegung, freie Unterkunft, 5 Mk. tägliche Zulage, weitere 5 Mk. täglich, wenn Teilnahme an der Feldverpflegung nicht möglich ist. Meldungen sind an das Sanitätsamt Stuttgart zu richten.

— **Neue Partei.** Mitglieder der ehemaligen Nationalliberalen Partei in Baden beschloßen in einer Versammlung in Mannheim, wieder eine eigene Partei, den „Verein der Deutschen (liberalen) Volkspartei“, zu gründen und sich der Deutschen Volkspartei in Norddeutschland (rechtsstehende Nationalliberale) anzuschließen. Die Partei will die Vertretung der alten liberalen und nationalen Ueberlieferung in Baden sein und die Organisation über das ganze Land ausbreiten.

**Igel und Kreuzotter.** Man schreibt dem „M. N.“: Ich hatte mir für einen Kampf auf Leben und Tod zwischen Igel und Kreuzotter eine kleine Sandfläche zurechtgemacht und auf ihr die Feinde zusammengebracht. Der Igel ballte sich sofort kugelförmig zusammen, Bauch, Füße und Kopf im Stachelpanzer krampfhaft verborgen; die Kreuzotter bäumte sich hoch auf und blieb regungslos vor dem Igel stehen, der ungefähr 2 Meter von ihr entfernt lag. Nach einigen Minuten ging sie zum Angriff auf den Igel über, um sich bald mit blutenden Wunden, die ihr des Igels Stacheln geschlagen, zurückziehen. Einige Minuten Pause; der Igel liegt regungslos auf dem Sande; die Kreuzotter wiederholt ihren Angriff noch stürmischer als zuvor, muß sich indessen neuerlich verwundet, blutend zurückziehen. Nach einigen Minuten beginnt sich der Igel zu regen, sich vorsichtig flach auf den Sand zu pressen, Kopf und Füße an den Bauch gezogen und unter den Stacheln geschützt, die Weichteile links und rechts krampfhaft zusammengezogen; allmählich zieht er vorsichtig den Kopf, den er ganz unter die Stacheln eingezogen hatte, nach vorne hervor und blickt nach der Kreuzotter hin. Zur selben Zeit stürzt sich diese neuerlich auf den Igel, der blühartig seinen Kopf in Sicherheit bringt. Und nun beginnt das Schauspiel des Todeskampfes: Während die Kreuzotter immer heftiger nach dem Igel beißen will, dreht dieser langsam seinen Leib, fest an den Sand gepreßt, nach der Schlange hin, bis es ihm gelungen ist, ihr Schwanzende unter seinen Panzer zu bringen, an dem nun die Schlange förmlich festgenagelt ist. Immer wilder schlägt sie nach jener Stelle beißend und zischend hin, wo der Igel seinen Kopf fest unter die Stacheln gezogen hält. Mut und Schmerz der Schlange steigern sich von Sekunde zu Sekunde: der Igel hat mit seinem verborgenen Gebisse die Schlange am Hals erfaßt, durchgebissen und zieht sie so rasch immer mehr unter sich, ihr das Rückgrat durchschneidend, bis sie etwa noch mit einem Drittel ihres Körpers vom Kopfe her in krampfhaften Windungen nach dem Igel schlägt. Noch wenige Minuten und von der ganzen Schlange ist bloß noch Kopf und Hals sichtbar, ein kräftiger Ruck und der Hals ist durchgebissen, die Kreuzotter liegt tot im Sande. Der Igel rollt sich sofort zur Seite ein und bleibt solange regungslos geballt, bis er durch vorsichtiges Vorschieben des Kopfes wagt, mit eigenen Augen die Autopsie des Todes seines Gegners vorzunehmen.

**Evangel. Gottesdienst.** 3 Sonntag, nach Erscheinung Rom. 10 Uhr Predigt Erzbischof Remppis  
 Rom. 11 Uhr Kinder Gottesdienst  
 nachm. 1 Uhr Christe lehre (Töchtern) Erzbischof Remppis  
 nachm. 2 Uhr Predigt in S. rollenhaus Stadt i. a. Remppis  
 S. 7. 1. Uhr Abendstunde Erzbischof Remppis  
**Rath. Gottesdienst.** Sonntag den 26. Januar  
 10 Uhr Predigt und Amt 2. 2 Uhr Christen. u. Eucharistie  
 Montag keine hl. Messe, an den übrigen Werktagen 7. 1. Uhr  
 hl. Messe  
 Freitag Abend 6. 1. 2 Uhr Bestunde  
 Reichsamtstag von 4 Uhr an  
 Komunion Sonntag um 6. 1. u. 8 Uhr, an den Werktagen bei der heil. Messe.

Druck und Verlag: H. Hofmann'scher Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: G. Hornbostel, Wildbad.

Stadt Wildbad.

**Stammholzverkauf.**

am Samstag, den 1. Febr. 1919.  
 vorm. 10 Uhr

auf dem Rathaus in Wildbad in schriftlichem Aufstreich aus dem Stadtwald 6 Regental: Hirschweg.

- a) Abteilg. 8
  - 614 St. tannenes Langholz 1.—4. Kl. mit zus. 610,38 Fm.
  - 73 St. tannenes Sägholz 1.—2. Kl. mit zus. 92,03 Fm.
- b) Abt. 5 Diebau, 6 Schöngorn, 7 Schöntann und Abteil. 11 hintere Ebene (Scheidholz)
  - 51 St. tannenes Langholz 2.—6. Kl. 37,94 Fm.
  - 8 St. tannenes Sägholz 1.—2. Kl. 6,06 Fm.
- Stadtwald 1 Meißern
- c) Abt. 10 Biegelsteige
  - 96 St. forchenes Langholz 1.—5. Kl. 187,36 Fm.
  - 8 St. forchenes Sägholz 1.—2. Kl. 12,15 Fm.
  - 19 St. tannenes Langholz 1.—5. Kl. 22,32 Fm.
- d) Abteilung 9 f Jägerwegle
  - 101 St. forchenes Langholz 2. 5. Kl. 89,19 Fm.
  - 1 St. forchenes Sägholz 1. Kl. 2,01 Fm.
  - 23 St. tannenes Langholz 2.—5. Kl. 10,25 Fm.
  - 1 St. tannenes Sägholz 2. Kl. 0,32 Fm.
- e) Abteilung 5 f, a Rappenberg
  - 365 St. forchenes Langholz 1.—6. Kl. 352,56 Fm.
  - 101 St. forchenes Sägholz 1.—2. Kl. 149,75 Fm.
  - 55 St. tannenes Langholz 1.—4. Kl. 98,87 Fm.
  - 19 St. tannenes Sägholz 1.—2. Kl. 26,33 Fm.
- f) Abteilung 8 I Riechhalde
  - 309 St. forchenes Langholz 1.—6. Kl. 361,05 Fm.
  - 12 St. forchenes Sägholz 1.—2. Kl. 17,71 Fm.
  - 71 St. tannenes Langholz 3.—6. Kl. 41,08 Fm.
- 1927 Et. 2419,30 Fm.

Die verschlossenen vom Bieter unterzeichneten, bedingungslos in ganzen und Zentelprozenten ausgebrachten Angebote mit der Aufschrift „Angebot auf Stammholz“ wollen spätestens zu oben genannter Stunde dem Stadtschultheißenamt übergeben werden. Der alsbald auf dem Rathaus hier erfolgenden Eröffnung können die Bieter anwohnen. Klaffenerteilung und Taxpreise pro 1919, der Zuschuß ist zu 100% der Taxpreise angeschlagen.

Wildbad, den 22. Januar 1919.

Stadtschultheißenamt Wagner.

**Hypotheken-Darlehen**

an pünktliche Zinszahler abzugeben.

**Stahl & Federer Aktiengesellschaft**  
 Filiale Wildbad.

**Spungfeder Matratzen**  
**Matratzendrill (kein Ersatz)**  
 Füllung für Matratzen  
**Reine Rosshaare**  
**Rosthaar mit Fibermischung**  
**Afrik und Seegrass mit Capokaufilage**  
 sämtliche Polsterartikel  
 in prima Qualität  
 sowie selbstangefertigte  
**Schulranzen und Taschen**  
 empfiehlt

**R. Linder, Tapezier.**

Zu einem neuen

**Tanzkurs**

nimmt Anmeldungen entgegen

Hotel Palmengarten

**Tanz-Unterhaltung**

ausgeführt von der Kapelle des hiesigen Musik-Vereins  
 Sonntag, den 26. Januar von nachm. 2 Uhr an  
 im Gasthaus zur alten Linde

Carl Komoltsch.



Ihr eigenes Haar geflochten  
 als Kette, Brosche oder Ring  
 ist das schönste  
**Geburtstags-Geschenk!**

Illustrierter Katalog liegt bei uns auf. Ausführung in Gold und Imitation

Chr. Schmid u. Sohn,  
 König-Karlstr. 68.

Bestellungen wollen baldigst gemacht werden.

Buch über Ehe  
 die  
 von Dr. Relau mit  
 vielen Abbildungen,  
 statt M. 2.50  
 nur M. 1.50.  
 Buchversand  
 Elsner  
 Stuttgart 240 Schloßstr. 57 B

**Heu und  
 Dehnd**

sucht zu kaufen und ist für Angebote entgegen.  
**Carl Schraft** Bleichhütter.  
 Einen ordentlichen

**B**

nimmt unter günstigen Bedingungen in die Lehre.  
**Carl Gatt, Malergesellschaft.**

**Licht-Lampen**

für Reise u. zu Hause,  
 ganz frische Batterien,  
 4 Volt Spannung,  
 Mk. 1.40 u. Mk. 1.80,  
 bei  
**Chr. Schmid u. Sohn.**

**Reisig-Besen  
 Wilhelm Rath.**

